

# Was bringt das Flüchtlingsparlament?

Geflüchtete machen vor Grossratsmitgliedern ihre Forderungen deutlich – Mehrheiten dafür zu finden, ist allerdings schwierig.

David Walgis

«Wie können wir eine Mehrheit im Grossen Rat erreichen für die Anliegen von uns Geflüchteten?» Uriel Seibert schüttelt leicht den Kopf, seine Mundwinkel zucken. Sein Lächeln wirkt, als ob ihm eigentlich nicht zum Lächeln zumute wäre. Und dann antwortet er auf die Frage eines Flüchtlings: «Wenn ich dies wüsste.»

Der EVP-Grossrat sitzt vorne im Parlamentssaal. Hier, wo die Aargauer Legislative normalerweise tagt, sitzen an diesem Samstag rund 80 Geflüchtete aus 11 Nationen und legen ihre Sicht auf die Asylpolitik Aargauer Grossrätinnen und Grossräten dar. Hier, in diesem Saal, haben es migrationspolitische Themen in der Regel schwer. Vor rund einem Jahr lehnte der Grosse Rat ein Ziel ab, welches das Flüchtlingsparlament vor einem Jahr formuliert hat: Stipendien für vorläufig Aufgenommene. Und im Frühjahr verschärfte die Parlamentarierinnen die ohnehin schon strengen Einbürgerungsregelungen im Aargau weiter.

Und so antwortet Seibert schliesslich: «Ich glaube, viele Schweizerinnen und Schweizer haben falsche Vorstellungen davon, was es heisst, in der Schweiz Flüchtling zu sein. Viele denken, ihnen würde alles finanziert. Ein solcher Anlass kann helfen, Vorurteile abzubauen.»

## Im Dialog mit der Politik

Vorurteile abbauen. Dies ist ein erklärtes Ziel des Flüchtlingsparlamentes. Zum zweiten Mal findet eine solche Session für Geflüchtete auf kantonaler Ebene statt, zum zweiten Mal hier in Aarau. Drei weitere Male wurde ein Flüchtlingsparlament auf nationaler Ebene in Bern abgehalten. Die zentrale Botschaft: «Es wird oft über uns gesprochen, aber nicht mit uns.» Also sollen Geflüchtete mit der Politik in einen Dialog treten.

Die Politik. Das sind hier in Aarau alle grossen Parteien. Dies bedeutet nicht zuletzt: auch die SVP. Und dies ist ein Novum. Die stärkste Partei war an den bisherigen fünf Sessions nie vertreten, weder national noch kantonale. Und so sitzen neben Seibert auch Stefan Dietrich (SP), Severin Lüscher (Grüne), Karin Koch Wick (Mitte), Ignatius Ounde (GLP), Tobias Hottiger (FDP) und Robert Müller



80 Geflüchtete aus 11 Nationen lauschen der Eröffnungsrede von Regierungsrat Dieter Egli (SP).

Bild: Valentin Hehli

«Ich weiss nicht mehr, was ich noch machen soll.»



Zahra Huseini  
Afghanin

(SVP). Regierungsrat Dieter Egli hat den Austausch am Nachmittag eröffnet.

Nun stellen sich die Parlamentarier und die eine Parlamentarierin den Fragen jener, die oft nicht gehört werden. Und gewisse Voten sind durchaus angrifflig. «Ihre Partei führt viele Probleme auf sogenannte falsche Flüchtlinge zurück. Wer sind denn die richtigen Flüchtlinge?», fragt eine Afghanin. Die Frage richtet sich an SVP-Grossrat Robert Müller. Seine Antwort: «Es gibt keine falschen Flüchtlinge, nur falsche Zuwanderung.»

«16 Franken pro Tag. Das ist wenig, doch es reicht.»



Zhanna Bielanova  
Ukrainerin

Ohnehin sieht der SVP-Vertreter auch jene, die vor ihm sitzen, in der Pflicht. «Auch Sie haben eine Verantwortung», sagt Müller und erhebt den Zeigefinger wie ein Lehrer alter Schule: «Wenn Sie aus Ihren Ländern davonrennen, verändert sich nichts.» Ein Mann in der hintersten Reihe, Typ Sozialarbeiter, mutmasslich kein Geflüchteter, schüttelt energievoll den Kopf: «Du hast ja keine Ahnung», ruft er halblaut in den Saal.

Spricht man mit den Geflüchteten, so zeigen sich handfeste Probleme. Zahra Huseini

etwa möchte gerne eine Ausbildung in einer Kindertagesstätte beginnen. Seit vier Jahren bewirbt sich die Afghanin, seit vier Jahren erhält sie Absage um Absage – wenn sie denn überhaupt eine Antwort erhält. Neun Jahre lebt die 32-Jährige bereits in der Schweiz, die ersten fünf Jahre hat sie sich um Haushalt und Kinder gekümmert.

Die negativen Entscheide zehren an ihr. «Ich weiss nicht mehr, was ich noch machen soll», sagt Huseini. Sie dachte lange, es liege an ihrem Status F, vorläufig aufgenommen. Doch auch jetzt, mit einem B-Ausweis, aufgenommen, findet sie keine Lehrstelle.

Eine Ukrainerin, Schutzstatus S, ist seit Ausbruch des Ukrainekrieges in der Schweiz. Sie will ohne Namen und ohne Bild in diesem Text erscheinen. Denn sie fürchtet sich vor negativen Reaktionen ihrer Gemeinde, in der sie lebt. Sie kritisiert die Unterschiede in der Asylsozialhilfe, die zwischen den Gemeinden bestehen. 9 Franken erhält sie pro Tag für Essen, Mobilität, Kommunikation und Alltagsausgaben. 270 Franken sind dies pro Monat.

Neben ihr steht Zhanna Bielanova, ebenfalls Ukrainerin, ebenfalls Schutzstatus S. Sie lebt

in einer anderen Gemeinde – und erhält 16 Franken pro Tag. «Dies ist wenig, doch es reicht für eine erwachsene Person. 9 Franken reichen hingegen kaum», sagt Bielanova. Die beiden Ukrainerinnen fordern, dass alle Gemeinden die gleichen Beiträge auszahlen.

Die Situation könnte sich bald ändern – sofern die sieben Grossräte vor ihnen und die restlichen 133 Ende November wollen. Dann nämlich debattiert das Aargauer Kantonsparlament über eine Erhöhung der Asylsozialhilfe um 50 Rappen pro Tag. 15 Franken sind dies pro Monat. Das Flüchtlingsparlament begrüsst die Erhöhung. Es sei wenig, doch ein Anfang, so der Tenor. Doch ob das Parlament die Beiträge erhöht, ist fraglich. Bereits vor einem Jahr sind Anträge von links für eine Erhöhung um einen respektive zwei Franken gescheitert.

## Was bringt ein solches Flüchtlingsparlament?

So bleibt eine Frage: Was bringt ein solches Flüchtlingsparlament? Das Parlament trifft sich einmal im Jahr, die Beschlüsse haben keine Rechtskraft. Welchen Einfluss hat ein solcher Tag auf die Politik? Hat er überhaupt einen Einfluss?

«Wir hoffen, dass sich durch die Gespräche die Herzen der Politikerinnen und Politiker öffnen.»



Ron Halbright  
Mitorganisator des Aargauer Flüchtlingsparlamentes

Durchaus, meint Ron Halbright. Er ist Gründer des Nation Coalition Building Institute, einer der Organisationen, die das Flüchtlingsparlament organisieren. Er nennt ein konkretes Beispiel, welches etwa das Leben von Zahra Huseini, der Afghanin, die eine Lehre beginnen will, erleichtern könnte. Ein Programm soll geflüchteten Müttern die Aufnahme einer Ausbildung ermöglichen, indem die Vereinbarkeit von Familie und Lehre vereinfacht wird. In anderen Kantonen und Städten bestehen solche Angebote bereits.

Nun prüft das Migrationsamt des Kantons Aargau den Bedarf nach einem solchen Programm. «Ohne Lehre ist es in der Schweiz fast unmöglich, aus der Sozialhilfe herauszukommen», sagt Halbright. Bereits in Planung ist ein weiteres Angebot, welches Geflüchteten den Zugang zu Bildung erleichtern soll. So wird die Altersgrenze für Arbeitsintegration auf 40 Jahre erhöht. Damit würde ein Ziel des Flüchtlingsparlamentes umgesetzt.

Was sich konkret durch das Flüchtlingsparlament ändere, sei natürlich schwierig abzuschätzen, sagt Halbright. Er verweist auf Bundesbern. Viermal habe der Ständerat nein gesagt zu Ausbildungen für Abgewiesene. Nun ist die Vorlage in der Vernehmlassung. «Dies ist ein klarer Sieg!» Die Schweiz bewegt sich langsam, meint Halbright. «Aber es braucht einen langen Schnauf.» Und weiter: «Wir hoffen, dass sich durch die Gespräche die Herzen der Politikerinnen und Politiker öffnen.»